

## **A-5-B Freiheit sichern: Gegen den autoritären Umbau!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 31.10.2020  
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

### **Antragstext**

1 Mit diesem Beschluss bekräftigen wir unsere beschlossenen Forderungen vom 52.  
2 Bundeskongress im Antrag „Das muss eine Demokratie aushalten können“ und machen  
3 diese zur Grundlage unserer Forderungen für das grüne Bundestagswahlprogramm.

4 Deutschland hat ein kontinuierliches Naziproblem, das gerade in den  
5 Sicherheitsbehörden unübersehbar zutage tritt, sich dabei über die Jahrzehnte  
6 aber nur in immer neuen Facetten zeigt. Ob Angriffe auf Geflüchtete, Anschläge  
7 auf linke Politiker\*innen und Aktivist\*innen oder Hetzkampagnen gegen Frauen im  
8 Internet: Rechte versuchen seit Jahrzehnten, durch Angst, Terror und gezielte  
9 Diskursverschiebung ihre Vorstellungen einer homogenen Gesellschaft in die Tat  
10 umzusetzen. Seit der AfD gelingt es ihnen, das lauter und auf größeren Bühnen zu  
11 sagen, als viele aus der vermeintlichen „Mitte der Gesellschaft“ in einem  
12 Deutschland nach 1945 noch für denkbar gehalten haben. Während People of Color  
13 und – besonders ostdeutsche – Antifaschist\*innen seit Jahren davor warnen,  
14 während Recherchenetzwerke immer wieder Waffenlager und geheime  
15 Kampfsporttrainings für den „Tag X“ aufdecken, schauen die, die uns Sicherheit  
16 versprochen haben, systematisch weg. Polizei, Verfassungsschutz,  
17 Innenministerien: Es scheint, als wüssten sie von diesem Problem nichts. Dass  
18 sie das sehr wohl tun, ist uns nicht erst seit der Selbstenttarnung des NSU und  
19 den begleitenden Untersuchungsausschüssen schmerzlich bewusst. Doch die Behörden  
20 zeigen wenig Interesse daran, rechte Netzwerke oder rassistische Strukturen  
21 aufzudecken, geschweige denn dagegen vorzugehen.

22 Die Gründe dahinter sind vielfältig: Eine der, dabei viel zu oft außer Acht  
23 gelassenen, Ursachen liegt im Zusammenhang von Kapitalismus und Rassismus. Der  
24 neoliberale Leistungs- und Konkurrenzgedanke ist eng verbunden mit offen rechter  
25 Ideologie. Extreme ökonomische Ungleichheit wird im Neoliberalismus als normal  
26 oder sogar als gerecht dargestellt. Der Schritt zu einer Befürwortung von  
27 Ungleichheit zwischen Menschen ist dann nicht mehr weit: Rassismus und Sexismus  
28 sind Ideologien, die bestehende Ungleichheiten rechtfertigen und als natürlich  
29 darstellen wollen.

30 Die antifaschistische Gegenposition der Forderung nach Gleichheit, Gerechtigkeit  
31 und ein Leben in Würde widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung, wie  
32 auch der offenen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes  
33 Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus  
34 zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Es führt  
35 zu der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene  
36 Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder  
37 Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf gegeneinander – was an sich schon  
38 rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen  
39 Sozialdarwinismus. Dieser Zusammenhang ist einer der Gründe, die in den letzten  
40 Jahren zu einer Politik der „Versicherheitlichung“ geführt haben: Immer öfter  
41 ist die Antwort auf gesellschaftliche Probleme eine autoritäre, die von  
42 Repression und Gewalt geprägt ist. Dabei wird dem Streben nach vermeintlicher  
43 Sicherheit mehr und mehr untergeordnet. Sich gegen den autoritären Umbau der  
44 Gesellschaft zu stellen, heißt daher auch, zu hinterfragen, was eigentlich  
45 Sicherheit ist und was als Sicherheitsproblem wahrgenommen wird.

46 Neben dem neoliberalen Leistungs- und Konkurrenzdenken und der tief verwurzelten  
47 rassistischen Abgrenzung von anderen, sind es im besonderen auch rechte  
48 Kontinuitäten in deutschen Sicherheitsapparaten, die das Problem befeuern, statt  
49 es zu bekämpfen. Dass Rechte sich besonders bei der Polizei oder dem  
50 Verfassungsschutz wohlfühlen, ist dabei kein Zufall. Schon an der Gründung der  
51 heute bestehenden Sicherheitsbehörden nach 1945 waren diverse Nazigrößen und SS-  
52 Kader fest eingebunden und beteiligt. Es war der Normalfall, dass Nazis auch  
53 nach den NS-Verbrechen munter weiter Karriere machen konnten - insbesondere in  
54 Behörden.

### 55 **Rassistische Kontinuitäten in der Polizei**

56 Mit diesem Hintergrund verwundern die zahllosen Fälle von Polizeigewalt gegen  
57 People of Color und Linke ebenso wenig, wie die schwer zu überblickende Zahl an  
58 rechten Chatgruppen, die gerade bundesweit auffliegen. Es geht dabei keineswegs  
59 um Einzelfälle und das Fehlverhalten einzelner Polizist\*innen: Die Strukturen  
60 der Polizei begünstigen rassistisches und autoritäres Verhalten. Das muss sich  
61 ändern, und zwar grundlegend: Der Einsatz staatlicher Gewalt muss eng  
62 kontrolliert werden, Fehlverhalten muss zu spürbaren Konsequenzen führen und  
63 Racial Profiling und anderen Diskriminierungen die Grundlage entzogen werden.  
64 Dafür braucht es unabhängige Ermittlungsstellen mit umfassenden  
65 Ermittlungskompetenzen, Polizeibeauftragte bei den Parlamenten und eine  
66 anonymisierte Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten. Ebenfalls muss die immer  
67 weiter fortschreitende materielle Aufrüstung der Polizei enden. Wir brauchen  
68 keine weitere Militarisierung der Polizei! Betroffene von Racial Profiling  
69 sollen übermäßige Kontrollen durch Einführung eines verpflichtenden Ticket-  
70 Systems nachweisen können. Außerdem braucht es eine völlig neue Aus- und  
71 Weiterbildung, die sich an diskriminierungsfreiem Handeln, Kommunikation,  
72

73 Deeskalation und Konfliktprävention orientiert und regelmäßige verpflichtende  
74 Schulungen im Bereich Antirassismus beinhaltet.

74 Doch so dringend eine Reform der Polizei auch geboten ist: Auch die beste  
75 Polizei kann gesellschaftliche Probleme nicht lösen, sondern allenfalls deren  
76 Symptome bekämpfen. Der beste Polizeieinsatz ist deshalb einer, der gar nicht  
77 erst nötig wird. Wer genug zum Leben hat, fängt seltener an, Geldbeutel zu  
78 stehlen; wer bei Bedarf psychologische Begleitung bekommt, wird selten zur  
79 Gefahr und wer Asylstatus genießt, muss nicht brutal abgeschoben werden. Und  
80 natürlich braucht es zum Schutz der Betroffenen eine verantwortungsvolle und  
81 staatlich kontrollierte Abgabe von Drogen, statt den längst verlorenen Kampf  
82 dagegen mit immer absurderen Repressionen verzweifelt weiterzukämpfen.

### 83 **Verfassungsschutz: Teil des Problems**

84 Nur zu deutlich sieht man die beschriebenen Probleme am Verfassungsschutz. Die  
85 zahlreichen Skandale, die rechten Netzwerke, in die der Verfassungsschutz selbst  
86 eingebunden war oder diese mindestens gedeckt hat, sind dabei Kontinuitäten, die  
87 nicht nur in der Vergangenheit liegen. Der Verfassungsschutz versagt damit nicht  
88 nur, er stellt eine aktive Gefahr da, wie beispielsweise am NSU-Komplex  
89 besonders deutlich wurde: Wenn der Verfassungsschutz nichts vom NSU wusste, dann  
90 ist er unnütz. Aber wenn er davon wusste, dann ist er gefährlich. Doch selbst  
91 die wenigen Reförmchen, die als Konsequenz aus dem NSU-Komplex gezogen wurden,  
92 werden in vielen Bundesländern wieder Stück für Stück zurück gedreht.

93 Die Untauglichkeit des Verfassungsschutzes zeigt sich nicht zuletzt an der  
94 vielfach widerlegten Hufeisentheorie, die weiterhin eisern die Grundlage  
95 geheimdienstlichen Handelns darstellt: Statt Rassismus und menschenfeindliche  
96 Ideologien entschlossen zu bekämpfen, wird linker Aktivismus mit diesen  
97 gleichgesetzt und damit kriminalisiert. Eine solche ideologisch geprägte  
98 Arbeitsweise entbehrt jeglicher wissenschaftlicher Grundlage und verharmlost die  
99 Gefahr durch rechte Gewalt massiv. Zudem scheitert das Prinzip der  
100 Gewaltenteilung strukturell an dem Versuch, die Aktivitäten des  
101 Verfassungsschutzes angemessen parlamentarisch zu kontrollieren.

102 Eine unkontrollierbare Behörde, die ihren erklärten Zielen entgegen arbeitet,  
103 verliert ihre Daseinsberechtigung. Alle Versuche, den Verfassungsschutz zu  
104 reformieren, sind gescheitert. An einer Auflösung der Verfassungsschutzämter  
105 führt daher kein Weg vorbei. Anstelle dessen braucht es eine transparent und  
106 wissenschaftlich arbeitende Dokumentationsstelle und eine massiv gestärkte  
107 Zivilgesellschaft, die selbst dazu in der Lage ist, sich gegen  
108 menschenfeindliche Ideologien zu stellen. Vieles von dem, was wir heute über  
109 rechte Strukturen wissen, wissen wir nicht vom Geheimdienst, sondern von  
110 antifaschistischen Recherchegruppen – allen Widerständen zum Trotz. Statt  
111 Antifaschismus zu kriminalisieren, muss zivilgesellschaftliches Engagement gegen

112 Nazis unterstützt und gefördert werden.

### 113 **Autoritarismus und Asylpolitik**

114 Die autoritäre Bekämpfung von Symptomen gesellschaftlicher Missstände zeigt sich  
115 auch in der zunehmend menschenfeindlichen Asylpolitik Deutschlands und der  
116 europäischen Union. Europas Regierungen schotten sich zunehmend ab und verfolgen  
117 die, die sich für die Rettung der Menschenrechte engagieren:  
118 Seenotrettungsschiffe werden festgesetzt, NGOs, die illegale Pushbacks an den  
119 Außengrenzen dokumentieren, werden verfolgt und der Zugang zu den  
120 menschenunwürdigen Massenlagern wird mehr und mehr eingeschränkt. Die Schande  
121 von Moria ist dabei nur der vorläufige Höhepunkt einer menschenverachtenden  
122 Entwicklung, an der sich auch die Bundesregierung eifrig beteiligt: Statt  
123 geltendes Recht anzuwenden und denen, die nicht zuletzt unter unserer  
124 Wirtschaftsweise und den Folgen von Umweltzerstörung fliehen müssen, ein  
125 menschenwürdige Unterkunft zu ermöglichen, werden immer neue Vorwände gefunden,  
126 um Geflüchtete abzuwerten, sie in Elendslagern an den Außengrenzen wegzusperren  
127 oder sie im Mittelmeer ertrinken zu lassen. Die unaufhörlich steigende Zahl an  
128 Menschen auf der Flucht ist das vielleicht sichtbarste Symptom der globalen  
129 Ungleichheit. Wenn wir unsere Menschenrechte aufgeben, um diesen Menschen nicht  
130 helfen zu müssen, dann verlieren wir alles.

131 Stattdessen braucht es eine sofortige Evakuierung und Schließung aller Lager und  
132 eine solidarische Geflüchtetenpolitik, die Fliehenden neue Perspektiven schafft.  
133 Es braucht ein neues und klimagerechtes Wirtschaftssystem, das die Krisen  
134 unserer Zeit löst, statt sie weiter zu verschärfen und die Leidtragenden dieser  
135 Krisen zu bekämpfen. Der herrschenden Politik der Angst, Überwachung,  
136 Abschottung und Härte stellen wir eine radikal emanzipatorische Gesellschaft  
137 entgegen, die die menschliche Würde und Freiheit in den Mittelpunkt stellt.